



## Mitteilung und Stellungnahme

### **Die Terroranschläge vom 1. Februar 2004 in Erbil / Kurdistan-Irak und ihre Folgen**

**NAVEND- Zentrum für Kurdische Studien e.V. verurteilt die Anschläge und appelliert sowohl an die Bundesregierung als auch die europäischen Staaten, den Aufbau eines demokratischen und föderalistischen Irak zu unterstützen!**

**Bonn, 10.02.2004**

Am Tag des islamischen Opferfestes (01.02.04), wurden in Hewler (Erbil Terroranschläge auf die Zentralen der beiden führenden kurdischen Parteien, der KDP (Demokratische Partei Kurdistans) und der PUK (Patriotische Union Kurdistans), verübt. Nach aktuellen Angaben der kurdischen Behörden kamen in Folge der von Selbstmordattentätern verübten Anschläge bisher 109 Personen ums Leben, 267 Menschen wurden verletzt. Unter den Toten dieses Blutbades befinden sich auch hochrangige Politiker der beiden Parteien, darunter

- **Sami Abdulrahman** (Stellvertretender Premierminister der Kurdischen Regionalregierung und Sekretär des Politbüros der KDP),
- **Shawkat Sheikh Yezdin** (Koordinationsminister der Kurdischen Regionalregierung und Mitglied des Zentralkomitees der KDP),
- **Saad Abdulla** (amtierender Landwirtschaftsminister, Mitglied des Politbüros der KDP),
- **Shakhewan Abbas** (Führungsmitglied der PUK),
- **Khasro Shera** (Führungsmitglied der PUK)
- **Mehmod Halo** (Stellvertretender Finanzminister, KDP),
- **Akram Mentik** (Gouverneur von Erbil, KDP),
- **Mehdi Khoshnaw** (Stellvertretender Gouverneur von Erbil, KDP),
- **Ahmad Rojbeyani** (Verwaltungsdirektor der Stadt Erbil, KDP),
- **Neriman Abdul-Hamid** (Polizeichef von Erbil).

Die Drahtzieher dieser grausamen Anschläge werden in Kreisen international agierender islamistisch-fundamentalistischer Terrornetzwerke bzw. arabischer Extremisten vermutet. Bereits seit Monaten mobilisieren islamische Extremisten gegen die Kurden in Kurdistan-Irak und bezeichnen sie als „Agenten der Imperialisten und Zionisten“ und „Ungläubige“.

Die kurdischen Behörden teilten mit, dass inzwischen einer der Tatbeteiligten, ein jemenitischer Staatsbürger, in Kirkuk festgenommen wurde. In seinem Besitz befanden sich große Mengen an Sprengstoff.

Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade die führenden kurdischen Parteien in Kurdistan-Irak Zielscheibe von Terrorakten und Hetzkampagnen werden. Die praktischen Errungenschaften der Kurden in den von ihnen selbst verwalteten Gebieten zeigen, dass ein demokratischer Aufbau in der Region möglich ist. In der ehemaligen kurdischen „Schutzzone“ sind im vergangenen Jahrzehnt unter schwierigsten Bedingungen zivile demokratische Verwaltungsstrukturen aufgebaut, freie Parlamentswahlen durchgeführt und eine demokratische Medienvielfalt geschaffen worden.

Die jüngsten Anschläge richten sich gerade gegen diese beispielhaften demokratischen Errungenschaften.

Bei den Verantwortlichen für dieses Blutbad handelt es sich offensichtlich um Gegner der kurdischen Selbstverwaltung und einer föderalistischen Lösung im Irak. Sie wollen durch Anschläge und Terror nicht nur die kurdische politische Verwaltung untergraben, sondern auch die stattgefundene demokratische Entwicklung in Kurdistan-Irak hemmen bzw. zerstören.

Die Anschläge zielen letztendlich darauf, insgesamt eine demokratische und föderalistische Lösung im Irak zu verhindern, Araber gegen Kurden auszuspielen und die politische Destabilisierung im Lande voranzutreiben.

Als Konsequenz auf diesen Terrorakt rücken die Kurden enger zusammen. Innerhalb der kurdischen Bevölkerung sind Solidarität und Zusammenhalt gewachsen. Die beiden kurdischen Parteien (KDP und PUK) haben angekündigt, in Kürze die derzeit noch getrennten Verwaltungen in Kurdistan-Irak zusammenzuführen. Sie halten an der Forderung nach einem demokratisch-föderalistischen Irak, in dem alle ethnischen und religiösen Gruppen friedlich zusammenleben, als Grundlage für einen zukünftigen Irak fest.

Die Kurden in Kurdistan-Irak treten offensiv ein für Grundwerte wie Föderalismus, Pluralismus, Parlamentarismus, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Toleranz, Menschenrechte und Gleichberechtigung. Sie lehnen jegliche Formen eines islamischen Staatswesens ab.

Die Terroranschläge in Hewler/Erbil richten sich in erster Linie gerade gegen diese Grundwerte, die Basis einer zivilen Gesellschaft sind und daher Bestandteil auch der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und anderer europäischer Ländern sind.

Es ist zu bedauern, dass gerade in dieser schwierigen Phase der Neuordnung im Irak weder Europa noch Deutschland sich in genügender Weise für den Erhalt der demokratischen Errungenschaften in Kurdistan-Irak einsetzen.

In der öffentlichen Diskussion wird sogar in jüngster Zeit der Eindruck erweckt, als forderten die Kurden einen sog. „ethnischen Föderalismus“ und würden auf diese Weise den Irak spalten.

Dies spiegelt in keiner Weise die Tatsachen wider. Die Forderungen der Kurden zielen vielmehr – und dies seit langem - auf einen geografisch definierten kurdischen Bundesstaat, in dem auch die anderen ethnischen Gruppen anerkannt und geschützt werden sollen.

Die politische Führung der Kurden im Kurdistan-Irak hat bisher einen konstruktiven Weg eingeschlagen. Noch unter der Herrschaft von Saddam Hussein hat die damalige irakische Opposition während der Londoner Konferenz (13.-16. Dezember 2002) und der Konferenz von Salahaddin (26. Februar - 1. März 2003) die Forderung nach einer föderalen, demokratischen und parlamentarischen Neuordnung, in der unterschiedliche ethnische und religiöse Gruppen gleichberechtigt respektiert werden, akzeptiert. Das Parlament in Kurdistan-Irak hat im Oktober 2002 einen Verfassungsentwurf für Kurdistan-Irak beschlossen und sich in einem weiteren Entwurf einer Verfassung für den gesamten Irak für eine föderale Struktur des Irak ausgesprochen.

Es ist bedauerlich, dass in Deutschland, wo 700.000 bis 800.000 Kurden leben (und somit eine der größten Migrantengruppe in diesem Lande darstellen) die aktuellen Ereignisse in Erbil in den öffentlichen Medien eine so geringe Beachtung fanden. Die Dimension, die diese Anschläge für die gesamte Region haben, wurde bisher nicht ausreichend erkannt. Zum Teil wurden die Terroranschläge von den Medien fälschlicherweise sogar als innerkurdischer Konflikt bewertet.

Ebenso haben es viele Kurden in diesem Land vermisst, dass die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Fraktionen öffentlich diesen Terrorakt verurteilen und ihre Solidarität mit den Opfern aussprechen. Angesichts der Tatsache, dass die Anschläge auf die positiven demokratischen Errungenschaften in Kurdistan-Irak abzielen - und damit auch auf die künftigen Perspektiven im Irak - ist diese Haltung unverständlich.

NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. verurteilt aufs schärfste diese Terrorangriffe auf die beiden führenden kurdischen Parteien KDP und PUK. Wir trauern um die ermordeten Funktionäre, Mitglieder und Anhänger dieser Parteien und sprechen den beiden Parteien und den Familienangehörigen der Opfer unser Beileid aus.

Deutschland und Europa müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden, dass dieser Terrorakt ein Angriff auf die demokratischen und zivilen Grundrechte darstellt und gegen das friedliche Zusammenleben aller Menschen im Irak gerichtet ist.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie den Demokratisierungsprozess im Irak und Kurdistan-Irak aktiver als bisher unterstützt. Ein Scheitern der Koalitionskräfte im Irak hinsichtlich des gemeinsamen Friedens-, Stabilitäts- und Demokratisierungsprozesses kann nicht im Interesse der westlichen Länder liegen.

Insbesondere ist eine stärkere Unterstützung hinsichtlich des Wiederaufbaus der demokratischen Strukturen im Irak erforderlich. Dies betrifft den Aufbau von demokratisch-föderalistischen Strukturen (z.B. im Bereich von Justiz und Verwaltung), die Unterstützung von Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung und Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen, Maßnahmen zur Verbesserung des Aus-, Fort- und Weiterbildungssystems, der Schul- und Hochschulbildung und von Infrastrukturprojekten (z.B. Wasserver- und entsorgung, Abfallmanagement) sowie lokaler und regionaler Wirtschaftsstrukturen (Finanz- und Bankwesen).

Auch müssen dringend Maßnahmen gegen Unterstützer dieses Terrornetzwerkes in Deutschland getroffen werden.